

VON DER LOGIK DES ENGPASSES

Daß Engpässe *die* Kennzeichen unseres Wirtschaftslebens sind, ist schon zu einem Gemeinplatz geworden. Sie stehen heute so sehr im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik, daß sie die Arbeitslosigkeit als Problem Nr. 1 abgelöst haben, obwohl diese gar nicht so erheblich zurückgegangen ist. Man hat aber inzwischen eingesehen, daß die Erfolge der bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gerade darum so unbefriedigend bleiben mußten, weil sie in erster Linie konjunkturpolitisch orientiert waren und nicht strukturpolitisch, also nicht auf die Beseitigung der Engpässe abzielten. Der geballte Kapitaleinsatz, von dem man so gerne sprach, löste sich in zahlreiche Rinnsale auf, deren schließliches Zusammenfließen durch die strukturellen Barrieren verhindert wurde. Hätte man sich rechtzeitig die von den Gewerkschaften immer wieder mit Nachdruck vertretene Ansicht zu eigen gemacht, daß es sich bei der Arbeitslosigkeit weit mehr um eine strukturelle, als um eine konjunkturelle handelt, dann wäre die Bekämpfung der Engpässe lange vor Korea in Angriff genommen, also zu einer Zeit, in der diese Bekämpfung noch relativ leicht und mit wesentlich weniger Aufwand und vor allem Folgen möglich gewesen wäre. Die Auswirkungen dieser verhängnisvollen Fehlsichten und Versäumnisse sehen und spüren wir nun allenthalben. Kohlenengpaß, Stahleingpaß, Energieengpaß, Rohstoffengpaß, Devisenengpaß, Kapitalmarktengpaß, Wohnungengpaß und manche andere Engpässe oder Flaschenhalse (bottle-necks), wie sie im angelsächsischen Sprachbereich genannt werden, erschweren den Wirtschaftsablauf von Woche zu Woche in steigendem Maße. Der einfache Tatbestand ist überall ein Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage, ohne daß das Angebot entsprechend ausgeweitet werden kann. Ein solcher „lag“ führt in einer marktwirtschaftlichen Ordnung automatisch zu Preissteigerungen, bis das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederhergestellt ist. Unter normalen Verhältnissen führen nun aber die dadurch erzielten Profite in der zweiten Phase zu einem Kapitalzufluß, mittels dessen dann die zu geringen Produktionskapazitäten ausgedehnt werden. Bei vermehrtem Angebot pflegen die Preise wieder zu sinken, während zugleich durch die Erhöhung des Produktionsvolumens das Sozialprodukt steigt. Dieser Fall der „dynamischen Preissteigerung“ mit den anschließenden, für die Gesamtheit segensreichen Wirkungen ist eines der Grundgesetze des Kapitalismus. Der kapitalistische Expansionsprozeß wäre ohne diese marktwirtschaftliche Sprengung der Engpässe überhaupt nicht denkbar. Wirtschaftspolitisch ist dieser Vorgang durchaus unbedenklich, da er letztlich immer zu einem höheren Sozialprodukt und damit zu einer besseren Lebenshaltung führt.

Bedenklich wird ein solches Verfahren erst, wenn es unter Bedingungen induziert wird, die dem Wesen der Marktwirtschaft als einem ungestörten, wirtschaftseigenen Ablauf geradezu konträr sind. Und eben diese Situation liegt heute in Westdeutschland vor. Das Programm, das unsere maßgeblichen Wirtschaftspolitiker für die Bekämpfung der Engpässe aufgestellt haben, kennt im Grunde nur diese Form der marktwirtschaftlichen Sprengung. Diese Formel mag zunächst noch harmlos klingen, doch wird sie sehr bald schon, soweit sie es nicht bereits hat, ihren Pferdefuß herauskehren, den man von offizieller Seite heute noch — mehr schlecht als recht — mit dem schon an vielen Stellen

durchlöcherten Mantel der Phrase zuzudecken sucht. Worin dieser Pferdefuß besteht, soll im folgenden einmal etwas näher untersucht werden.

Betrachten wir zunächst die gegenwärtige Konzeption unserer Wirtschaftspolitik. Nach wie vor steht sie propagandistisch im Zeichen der sogenannten „sozialen“ Marktwirtschaft. Es scheint sogar, daß das Gewicht um so stärker hierauf liegt, je unsozialer sich diese Politik im Alltag auswirkt. Die für die Lebenshaltung katastrophalen Preissteigerungen werden hinweg-diskutiert, verniedlicht oder gar zu einer „dynamischen“ Entwicklung gestempelt, die Voraussetzung für eine marktwirtschaftliche Engpaßsprengung sei. Da man sich selbst offenbar nicht ganz wohl bei dieser These fühlt, versucht man gleichzeitig der Spannungen auf Teilgebieten mit verschiedenen Mitteln Herr zu werden. Hierher gehören z. B. der Umbau der Liberalisierungslisten (im Sinne der Diskriminierung sogenannter „Luxusgüter“), die alles andere als marktwirtschaftliche Drosselung des Imports, die globalen Rohstoffkontingente, die Bevorratung von Massennahrungsmitteln wie Getreide, Zucker usw. Schon diese Maßnahmen zeigen, daß die Praxis wieder einmal anders aussieht als die Propaganda.

Im übrigen erweist sich das Programm der Engpaßsprengung bei näherem Hinsehen sehr schnell als auf völlig falschen Voraussetzungen beruhend und daher als verantwortungslos. Man hat übersehen, daß ein solches Programm wohl unter wirtschaftsdynamischen Verhältnissen einigermaßen reibungslos hätte ablaufen können, niemals aber unter politisch dynamischen. Theoretisch richtige Erkenntnisse aus dem Modellbaukasten der Volkswirtschaftslehre sollen hier auf eine Situation angewendet werden, die ihre Triebkraft und Gestaltung gar nicht von der Wirtschaft her empfängt.

Denn woher stammen die Engpässe in Westdeutschland? Doch wohl eindeutig aus der politisch beabsichtigten Vernichtung der Produktionskapazitäten während des Krieges und der Nachkriegszeit (Demontagen, Industrieplan, Restitutionsen usw.). Und auf der Seite der Rohstoffe doch wohl ebenso eindeutig durch die Aufrüstung seit dem Koreakrieg, die der deutschen Wirtschaft nicht nur die für den weiteren Wiederaufbau erforderlichen Rohstoffe vorenthält, sondern auch noch eigene Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, zwangsweise entzieht. Das Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage, das den Engpaß definiert, ist also in Deutschland in zweifacher Weise politisch induziert.

Mit geradezu verdächtigem Eifer wird nun aber von Woche zu Woche betont, daß es sich bei den durch den Koreakrieg ausgelösten Spannungen um vorübergehende Einflüsse handle. Die Auswirkungen auf das Preisniveau seien schon wieder „im Abklingen“, wie die übliche Phrase lautet. Ebenso beliebt ist das Argument, die Preiserhöhungen seien weniger durch die politischen Umstände, als vielmehr durch die Lohnerhöhungen im Kohlenbergbau, in der Bauwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen herbeigeführt worden. Weitere Lohnerhöhungen sollten daher unterbleiben, um das „Auffangen und Auspendeln der Preise“ nicht zu erschweren. Diese Behauptung spricht für sich selbst und bedarf keines weiteren Kommentars.

Entsprechen schon die Ursachen der Engpässe nicht den Anforderungen, die das theoretische Modell für seinen Ablauf voraussetzt, wie kann man da von diesem Ablauf selbst verlangen, daß er programmgemäß erfolgt? Das einzige, was tatsächlich in diesem Ablauf, wie wir ihn oben geschildert haben, programmgemäß eintritt, ist die Steigerung der Profite. Aber schon bei dem nächsten

Schritt, dem Kapitalzufluß, hapert es. Die deutsche Kapitalmarktmissere ist zu bekannt, als daß auf sie hier näher eingegangen zu werden braucht. Daß sie in absehbarer Zeit behoben sein wird, ist eine Illusion, die jeder realen Grundlage entbehrt. Die deutschen Sparer haben einmal eine Aufrüstung mit dem folgenden obligatorischen Krieg finanziert und wollen sich nicht ein zweites Mal durch eine Inflation mit anschließender Währungsreform betrügen lassen. Eine solche Haltung ist psychologisch nur zu verständlich. Mit einiger Sicherheit läßt sich darum auch voraussagen, daß bei Verschärfung der politischen Lage schon in absehbarer Zeit ein Rückgang der bisherigen Sparquote zu verzeichnen sein wird. Der Kapitalzufluß in die Engpaßindustrien kann daher nur vom Ausland oder von der öffentlichen Hand her erfolgen. Wie es mit diesen beiden Möglichkeiten steht, bedarf ebenfalls keiner Erläuterung.

Insgesamt läßt sich also sagen, daß es um die Erweiterung der Produktionskapazitäten recht schlecht bestellt ist. Der Versuch, die Engpässe mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu überwinden, wird zwar zu einer erheblichen Preissteigerung führen, nicht aber zu der Produktionssteigerung, die erforderlich wäre, um den Preisanstieg später wieder zu kompensieren. Vielmehr wird es zu einem weiteren starken Absinken des Reallohns kommen. Denn was in Zukunft in zunehmendem Maße produziert wird, sind nicht wirtschaftliche Güter, die das Sozialprodukt erhöhen, sondern Kasernen, Flugplätze, Kriegsmaterial usw. Die Erzeugung dieser antiwirtschaftlichen Werte schafft zwar Einkommen, aber zugleich auch einen Kaufkraftüberhang, wie wir ihn 1938 bis 1948 zur Genüge erlebt haben, weil diesem Einkommen keine Investitions- und Konsumgüter gegenüberstehen. Da man Preisregulierungen auf keinen Fall will, soll der Kaufkraftüberhang diesmal durch eine entsprechende Preissteigerung „abgeschöpft“ werden. Es läßt sich leicht ausmalen, daß durch diese Preissteigerung mehr Kaufkraft absorbiert werden wird, als überhaupt entsteht. Ein Zwangssparprozeß allergrößten Ausmaßes wird also eintreten.

Wie man sich an maßgeblicher Stelle die Reaktion der Arbeitnehmer auf eine solche Politik vorstellt, ist nicht ersichtlich. Jenen tragikomischen „Eiertanz“ um die angeblich nicht gestiegenen Lebenshaltungskosten wird man von amtlicher Seite kaum wiederholen können, denn außer den bekannten „saisonalen Preisrückgängen bei Obst und Gemüse“ dürfte es kaum etwas geben, das sich für eine solche Pseudobeweisführung eignet. Da man ohne Preisstop aber auch keinen Lohnstop einführen kann, obwohl man letzteres nur zu gerne möchte, wird man sich wohl oder übel mit laufenden Lohnerhöhungen abfinden müssen. Sicherlich wird das Wehgeschrei um die angeblich von den Gewerkschaften in Gang gesetzte Lohn-Preis-Spirale noch lauter werden. Aber es wird kaum mehr die Tatsache übertönen können, daß es sich in Wirklichkeit um eine von der Regierung ausgelöste Preis-Lohn-Spirale handelt, die — einmal auf Touren gekommen — uns die schönste Inflation bringen wird. Wie sehr man diese Entwicklung sogar noch fördert, beweisen die Preiserhöhungen, angefangen von Kohle und Stahl über die Verkehrsmitteltarife bis hin zu Brot und Butter, das beweisen weiter die beabsichtigten „drastischen“ Mieterhöhungen und Verbrauchssteuern, Trotzdem tut man heute so, als würde dies alles gegenüber den gewerkschaftlichen Lohnforderungen nicht ins Gewicht fallen, als wären alle diese Segnungen einer angeblichen „sozialen“ Marktwirtschaft erforderlich, um eben die vorhandenen Engpässe zu sprengen. Immer wieder muß das amerikanische Rüstungsprogramm als Beispiel herhalten, um die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft zu beweisen. Oft kann man sich dabei des Eindrucks nicht erwehren, daß dahinter die Vorstellung steht: was die Amerikaner mit ihrem

Wirtschaftspotential können, das schaffen wir mit unserer deutschen Gründlichkeit erst recht.

Doch was für Amerika mit seinen riesigen Produktivkräften und den unerschöpflichen Reserven seiner Einflußsphäre gilt, trifft für Westdeutschland noch lange nicht zu. Bedarf es eigentlich einer Erläuterung, daß unsere wirtschaftliche Situation nicht mit der amerikanischen zu vergleichen ist, daß wir unsere Probleme schwerlich mit denselben Mitteln wie die USA anpacken können? Ein Schwergewichtsmeister mag vor einem Titelkampf eine bestimmte Lebens- und Verhaltensweise für nützlich halten, um sich „fit“ zu machen. Wenn aber jemand, dem gerade erst sämtliche Knochen gebrochen sind und der nun mit schweren Schäden darniederliegt — und nichts anderes sind unsere strukturellen, politisch verursachten Engpässe —, ähnliche Methoden bei seiner Rekonvaleszenz anwendet, dann wird er unweigerlich hinsiechen oder sterben, anstatt zu genesen.

Sagen wir es noch deutlicher: wo sind denn in Deutschland die unausgenutzten Kapazitäten, die Rohstoffreserven, die Rüstungsfabriken? Wo die Sparer, die mit ihrem Groschen noch einmal eine totale Aufrüstung und einen totalen Krieg finanzieren wollen? Wo die Verbraucher, die nicht auf die nun so oft angekündigten „drastischen“ Einschränkungen ihrer ohnehin so geringen Lebenshaltung entsprechend reagieren werden?

Daß dies nicht die geeigneten Voraussetzungen sind, um Engpässe marktwirtschaftlich zu sprengen, dürfte kaum übersehbar sein. Aber in Bonn scheint man es zu übersehen. Oder sieht man es und weiß einfach aus geistiger Unbeweglichkeit und ideologischer Dürre nicht, andere Situationen mit anderen Mitteln zu meistern? Eine konstruktive und verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitik wird aus der Überzeugung heraus, den richtigen Weg zu gehen, auch den Mut finden, das Steuer herumzuwerfen, wenn es erforderlich ist. Sie wird dem Markte geben, was des Marktes, und der Lenkung, was der Lenkung ist. Deutscher Gründlichkeit aber ist es wieder einmal vorbehalten, ein Prinzip zu Tode zu reiten, das unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen in bestimmten wirtschaftlichen Bereichen vernünftig und darum segensreich ist. Nur deutsche Gründlichkeit vermag es, Prinzipienreiterei und wirtschaftspolitischen Realismus zu verwechseln. In der ganzen übrigen westlichen Welt denkt heute niemand daran, koste es, was es wolle, eine Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten unter Bedingungen, die dem Wesen dieser Marktwirtschaft zuwiderlaufen. Man findet hier den Mut zu Mischsystemen und weiß sehr wohl die Nützlichkeit von Nationalbudgets und Regulierungen in einzelnen Sektoren der Wirtschaft zu schätzen. In Bonn dagegen glaubt man, diese Dinge seien ärger als der Sündenfall. Darum sollen die Engpässe unbedingt marktwirtschaftlich gesprengt werden und keinesfalls anders. Was bei diesem Verfahren tatsächlich gesprengt werden wird, dürften vermutlich eher die Marktwirtschaft als die Engpässe sein. Die oft zitierte Logik des Engpasses scheint uns daher in diesem Falle mit Recht ein Engpaß der Logik zu sein.